

Über Gleichheit diskutieren eine Linke und ein Liberaler

Seiten 10 und 11

Arabischer Sommer – Touristen in Zell/See und Kaprun

Seite 12

Bundesheer soll in Flüchtlingsbetreuung eingebunden werden

Seite 13

Prometheus 4.0

Bildung und Forschung verringern Ungleichheit, meint Hannes Androsch. Und will dafür rasch 15 Budget-Milliarden.

Von Reinhard Göweil

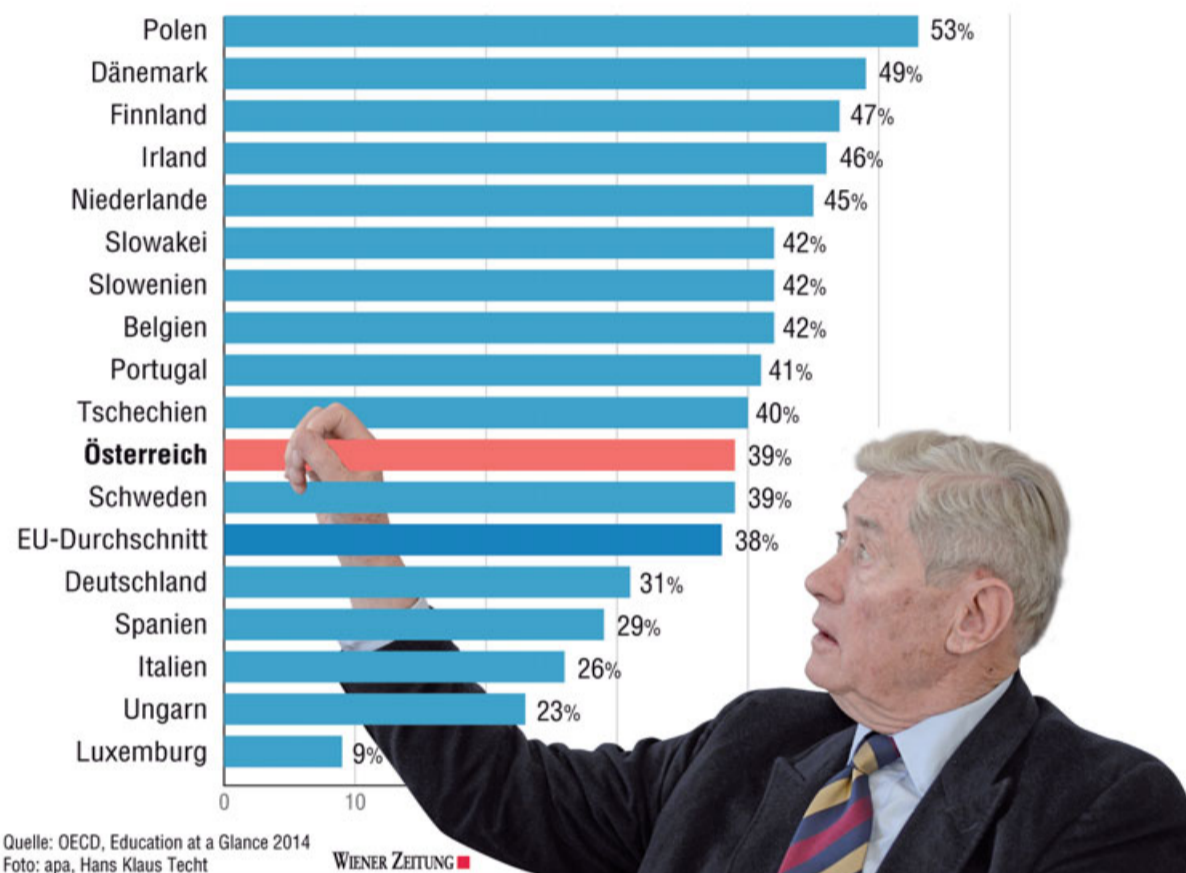
Wien. „Die Gestaltung der Zukunft“, so nennt sich das Buch, das Hannes Androsch in Alpbach vorstellt, und mit weniger gibt sich der ehemalige SPÖ-Spitzenpolitiker und nunmehrige Industrielle auch nicht zufrieden. „Wenn in ein paar Jahren auf der Autobahn ein Lkw fährt, der hinter sich zehn weitere Laster digital ohne Fahrer dirigiert, ist das die reale Zukunft. Wir können uns jetzt aussuchen, ob wir künftig arbeitslose Lkw-Lenker finanzieren oder ob wir Arbeitsplätze schaffen, die diese Revolution mitgestalten.“ Der unter Bruno Kreisky tätige Finanzminister fordert im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ daher einen radikalen Umbau des Budgets.

15 Milliarden Euro, fünf Prozent der Wirtschaftsleistung Österreichs, sollten sofort in diese Bereiche fließen – ohne die Steuerleistung zu erhöhen, sondern in Form einer großzügigen Umschichtung von Budgetmitteln.

„Sozialsystem ist größter Feind von Innovation“

„Der größte Feind der Innovation ist unser Sozialsystem. Die aktuelle Debatte um Kur-Aufenthalte geht doch am Kern der Probleme vorbei. Es geht darum, die Talente zu fördern: im Kindergarten, in der Schule, in den Universitäten. Wir verrennen uns in sinnlosen bürokratischen Themen, wie auch das Flüchtlingslager Traiskirchen zeigt. Ein Schweizer Unternehmen betreibt das Lager, obwohl das alle im Land befindlichen karitativen Organisationen besser könnten. Und dieser bürokratische Würgegriff setzt sich überall fort, sinnlos und teuer.“ Für Androsch ist Innovation eine der Lösungen, um Ungleichheit zu verringern und möglichst vielen Menschen Arbeit zu geben. „Wien ist nach der Zahl der Studierenden die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum, aber anderswo wird viel mehr Geld dafür aufgewendet. Stattdessen leis-

Abschlussquoten bei Universitätsstudien



ten wir uns teure Sozialleistungen wie die Hacklerregelung. Wir müssen die Budgetstruktur rasch ändern, viel Zeit haben wir nicht mehr“, glaubt Androsch.

Im neuen Buch schreibt Philippe Aghion, ein französischer Ökonom, der in Harvard lehrt, dass innovative Unternehmen unabhängig von der Größe überdurchschnittlich häufig im Export tätig sind – eine Folge ihrer Wettbewerbsfähigkeit. „Offenheit erhöht die Produktivität des Unternehmens“, so seine These. „Die USA sind hier deutlich weiter“, sagt Androsch. „In Europa horten die Unternehmen Geld, anstatt es zu investieren. Das ist eine Folge der zu starken Regulierungen.“ Eine Meinung, die auch Aghion vertritt. „Zur Steigerung des Produktivitätswachstums in entwickelten Ökonomien ist es von Nutzen, verstärkt in Universitäten zu in-

vestieren, die Flexibilität der Produkt- und Arbeitsmärkte zu maximieren sowie Finanzsysteme zu entwickeln, die in hohem Maß nach dem Prinzip des Equity Financing funktionieren.“ Im Klartext: Bank-basierte Unternehmensfinanzierung – wie in Österreich üblich – führt zu geringerer Produktivität. Aghion plädiert für Markt-basierte Finanzierungen, etwa durch Wagniskapital für neu gegründete Unternehmen.

Regierung muss anfangen, mutiger zu denken

Und Androsch tritt dafür ein, in der Politik einen Zugang zu Innovation zu entwickeln und die Grundlagenforschung deutlich höher zu dotieren. „Die Republik gibt pro Jahr für Beschaffungen 25 Milliarden Euro aus. Davon sollte ein Teil in Bildung und Forschung fließen, dann stehen wir

in zehn, 15 Jahren viel besser da und müssen nicht wachsende Arbeitslosigkeit verwalten.“ Arbeit sei jedenfalls genug vorhanden. „Im Jahr 1800 lebten auf der Erde eine Milliarde Menschen, heute sind es 7,3 Milliarden, und 2050 werden wir etwa zehn Milliarden sein. Auch die Arbeit ist mitgewachsen – wegen der technischen und sozialen Innovationen“, so Androsch. Ein wesentlicher Faktor für Innovation kommt heute der Energie zu. So produzierte die Welt im Jahr 1500 Waren und Dienstleistungen im Wert von zirka 250 Milliarden Dollar. Heute sind es 60 Billionen. „14-mal so viele Menschen produzieren heute 240-mal mehr und verbrauchen dabei 115-mal so viel Energie“, stellte der israelische Philosoph Hariri fest. Und so wie die Industrielle Revolution Europas Wirtschaft zur global stärksten Kraft

machte, sind es heute digitale Innovationen, die Länder und Wirtschaftsräume vor neue Herausforderung stellen. „Je besser wir die Jugend ausbilden, desto besser werden wir diesen Wandel auch schaffen“, sagt Androsch.

„Robotersteuer“ ist für Androsch falscher Ansatz

„Heute sind Fabriken fast menschenleer, weil Roboter und Automaten viele Dienste übernommen haben. Aber dafür benötigt es genauso viele Menschen, die aber viel besser ausgebildet sein müssen“, so der Unternehmer. „Und dem Sozialminister fällt nichts anderes ein als eine Robotersteuer zu verlangen. Zuerst müssen wir es schaffen, dass unsere Leute solche Anlagen überhaupt entwickeln können.“

Und er plädiert für generell mehr Mut – mit einem philosophischen Beispiel: „Prometheus war der erste große Innovator. Er hat zwar dem Chef, sprich Zeus, nicht gehorcht und wurde dafür schwer bestraft. Aber er hat den Menschen das Feuer gebracht, und damit einen ersten großen Entwicklungsschub.“

Im Buch wird dieser Mut von vielen Autoren eingemahnt. Der berühmte österreichische Ökonom Joseph Schumpeter (1883-1950) bezeichnete dies als „schöpferische Zerstörung“. Allerdings räumte er ein, dass es in solchen Innovationsprozessen auch Verlierer gibt. Androsch: „Es geht darum, dass Österreich nicht zu den Verlierern zählt. Wir müssen das Ausbildungsniveau generell heben, dazu gehört eine kraftvolle Bildungsreform. Sich gegenseitig Unfreundlichkeiten auszurichten, ist noch keine Innovation.“

BUCH



Rat für Forschung und Technologieentwicklung (Hg), „Die Gestaltung der Zukunft“, Echomedia Buchverlag, 550 Seiten

Neues Institut für Verteilungsfragen an der WU Wien

Die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen hat massive gesellschaftliche Auswirkungen.

Von Reinhard Göweil

Wien. „UnGleichheit“ ist das heurige Thema des Europäischen Forum Alpbach (siehe auch das beiliegende „Wiener Journal“).

Und Ungleichheit ist auch der Forschungsgegenstand des „Instituts für Verteilungsfragen“, das an der Wirtschaftsuniversität Wien am 18. September offiziell eröffnet wird.

Die beiden Ökonomen Stefan Humer und Mathias Moser haben

bereits in der Vergangenheit Studien zu diesem Thema veröffentlicht – mit teilweise erstaunlichen Ergebnissen.

So wurde etwa nachgewiesen, dass Erben mittlerweile beim Vermögensaufbau eine überwältigende Rolle spielt – und die Ungleichheit dadurch verstärkt. „Mit Arbeit wird man nicht reich“, ist ein alter Spruch, doch so detailliert wurde es noch nie erhoben.

In Österreich besitzen die reichsten zehn Prozent etwa 62

Prozent aller Vermögenswerte. Hohe Ungleichheit führt – so Studien zu dem Thema – zu steigender Arbeitslosigkeit, da viele Haushalte sparen müssen. Und, so der Ökonom Thomas Piketty, der das Thema in seinem Buch beleuchtete, zu einer Verkrustung der Gesellschaft. Die wirklich Reichen bleiben im Wesentlichen unter sich.

Das Europäische Forum Alpbach beschäftigt sich heuer aber auch mit den positiven Seiten als

Antrieb für Wandel und Vielfalt. Die WU Wien geht mit dem neuen Forschungsinstitut volkswirtschaftlich neue Wege. Die zuletzt wegen ihrer Formelhaftigkeit und Statistik-Fixierung in die Kritik geratene Disziplin bekommt dadurch einen klaren gesellschaftspolitischen Bereich dazu.

Tatsächlich sind die sozioökonomischen Auswirkungen von Wirtschaftsentscheidungen oftmals ausgeblendet worden. Das beste Beispiel dazu liefert wohl

Griechenland. Das Forschungsinstitut für Verteilungsfragen wird an der WU denn auch gemeinsam von der Volkswirtschaft und der Sozioökonomie „bespielt“.

In Alpbach wird das Thema von 19. August bis 4. September in allen Facetten behandelt, auch in Bereichen Gesundheit und Bauen spielt Gleichheit eine Rolle. Im Tiroler Bergdorf ist damit wenigstens für eines gesorgt: Unter allen Teilnehmern wird Chancengleichheit herrschen. ■